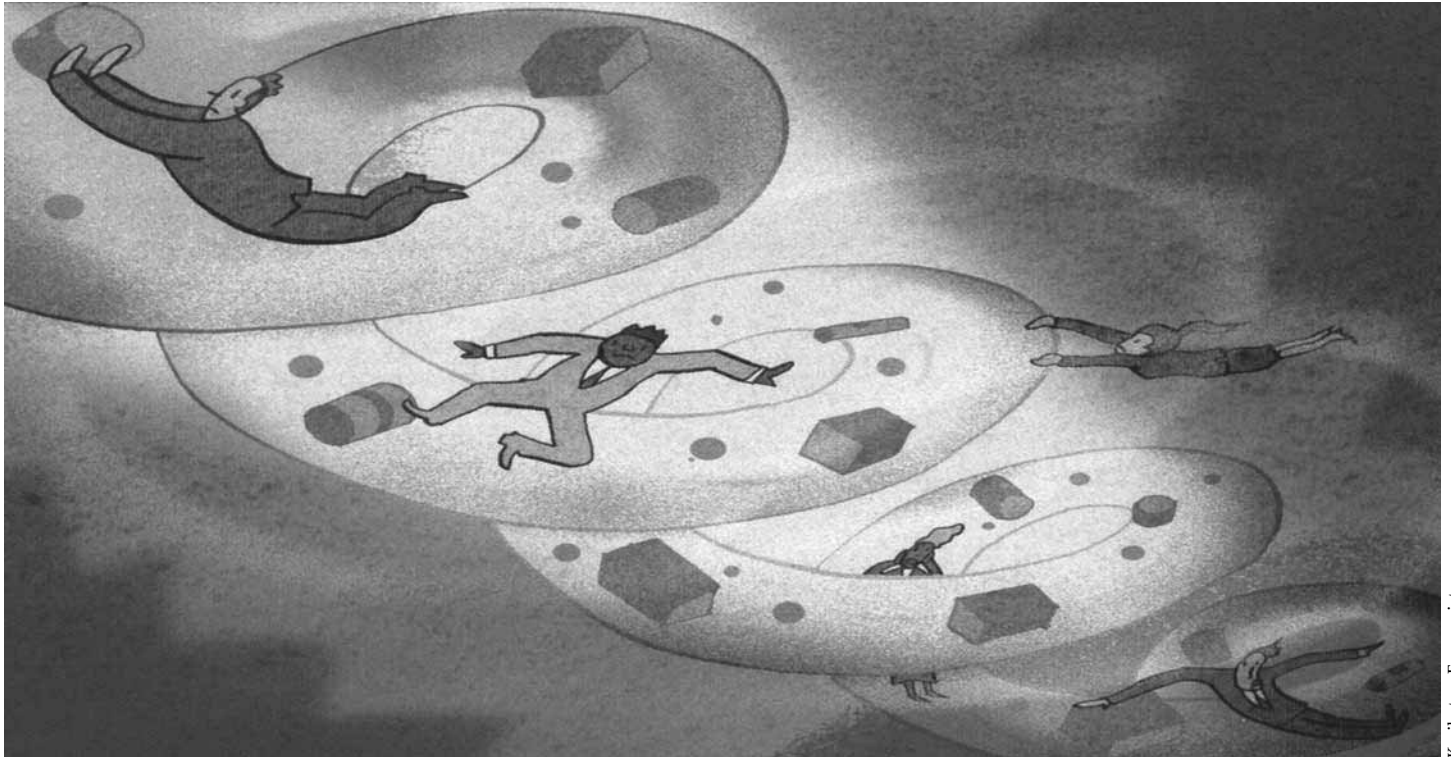


# Tod des Neoliberalismus – Krise der Gewerkschaften?

von | Richard Detje



Karikatur: Economist

Die grundlegenden Übel der Kapitalakkumulation waren auch in dem kurzen Konjunkturaufschwung der Jahre 2004-2007 nie verschwunden. Während die Unternehmensgewinne neue Höchststände erreichten, blieben die abhängig Beschäftigten von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums – mit Ausnahme der exportstarken Branchen – abgekoppelt. Obwohl sich die Beschäftigungssituation in den Betrieben langsam verbesserte, hielt die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse – Leiharbeit, geringe Beschäftigungsverhältnisse, kurze Teilzeit, Ein-Euro- und Mini-Jobs – Betriebsräte und Gewerkschaften in Schach.

Dennoch gelang es, auch vorwärts zu schreiten: Neue Mitglieder konnten gewonnen und die Mitgliederverluste begrenzt, mancherorts sogar ausgeglichen werden. Mit Kampagnen gegen die neuen Formen der Ausbeutung im flexiblen Kapitalismus und die Profilierung einer an guter Arbeit orientierten Arbeitspolitik stieg langsam wieder das Ansehen der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Öffentlichkeit. Ist das nun schon wieder vorbei? Kommt nach einem verteilungs-, beschäftigungs- und leistungspolitisch völlig asymmetrischen Aufschwung nun eine Kette von Niederlagen in dem, was wir als eine »Jahrhundertkrise« des Kapitalismus ansehen?

Gut aufgestellt waren die DGB-Gewerkschaften im Herbst 2008 jedenfalls nicht. Der Wendehälsigkeit der führenden Akteure der politischen Klasse hatten sie wenig entgegenzusetzen. Zunächst versuchte man sich in der Rhetorik, die von den Finanzmärkten und der Konjunkturentwicklung sich wechselseitig verstärkenden Doppelkrise hinwegzureden – bis man sich den veränderten tarifpolitischen Realitäten stellen musste. Während es in der Metallindustrie noch gelang, einen Abschluss zustande zu bringen, ohne die Belastbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Streikkonzepts testen zu müssen, wurde die Tarifrunde Banken kurzfristig ganz abgesagt. Aber selbst bei der IG Metall weiß man gegenwärtig nicht, wie viel der Abschluss letztlich den Mitgliedern bringen wird. Opel macht nur den Anfang, betriebliche Abstriche bei den Löhnen vorzunehmen. Es dauerte schließlich eine – gemessen an den Zeitabläufen eines implodierenden Finanzmarktkapitalismus – unendliche Zeit, bis Forderungen nach Regulierung entgrenzter Märkte und öffentlichen Investitionsprogrammen gegen eine abschmierende Realwirtschaft vernehmlich zu hören waren. Die Zeit, in der sich neue Organisationsphantasie herausbildet, ist eine andere als die zusammenbrechender Finanzmärkte.

In der Tat: Wir sind am Beginn einer Zeitenwende. Es geht darum, die Entwicklungen einzuschätzen und strategische Optionen zu debattieren.

## Krisenszenario

Besorgte Mahner<sup>1</sup> sehen Gewerkschaften »hilflos, kopflos, wehrlos« agieren. Ihre Sicht auf die Lage: Wo es ums ökonomische Überleben geht, werden Gewerkschaften aufs Neue in standortpolitischen Bündnissen zerrieben. Ihr Rat: auf autonome Macht und Gegenwehr setzen, in breiten Bündnissen das politische Streikrecht erproben, die korporatistischen Zwangsjacken aufsprengen, aus dem Gehäuse nationalstaatlicher Borniertheit ausbrechen und den Widerstand weltweit organisieren.

Wer wollte nicht die bisherigen Zwangsjacken aufsprengen? Dieser Rat ist zeitlos. Hat sich nichts verändert, außer der räumlichen Dimension und der Tiefe der Krise? Bleibt es bei dem immer wiederkehrenden Krisenszenario, bei dem »die Stärkeren« sich durchsetzen und die »Lohnabhängigen ... in eine neue Runde der Konkurrenzkämpfe getrieben« werden (Böhm u.a.). Gibt es keine Strukturveränderungen, keine veränderten politischen Weichenstellungen? Könnte die Krise nicht »auch in Europa einen Wechsel der politischen Großwetterlage ankündigen« und »das Spektrum der für möglich gehaltenen politischen Alternativen« (Habermas 2008) verschieben? »Mit dem Koreakrieg ging die Periode des New Deal zu Ende, mit Reagan und Thatcher und dem Abflauen des Kalten Krieges die Zeit der sozialstaatlichen Programme. Und heute ist mit dem Ende der Bush-Ära und dem Zerplatzen der letzten neoliberalen Sprechblasen auch die Programmatik von Clinton und New Labour ausgelaufen.« (ebd.)

Wenn mit der tiefen Krise der Finanzmärkte der Neoliberalismus tatsächlich am Ende ist, dann endet damit eine Herrschaft, gegen die Gewerkschaften in den zurückliegenden 28 Jahren in Deutschland – seit den ersten öffentlichen Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Regierung von Helmut Schmidt – in wechselnden Konjunktoren und unterschiedlicher Intensität immer wieder gekämpft haben. Von ihnen wird enormer Druck genommen, ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern sich, wenn der Neoliberalismus tatsächlich für Tod erklärt werden kann (Hobsbawm 1999), wenn er zu einer Non-Agenda im gesellschaftlichen Diskurs wird.

Die Überwindung des Neoliberalismus bedeutet – wie wir im Folgenden argumentieren wollen – politische Bündnisarbeit für eine neue Agenda. Diese hat sich den verteilungspolitischen Deformationen anzunehmen, die dem Neoliberalismus als politischer Tagesordnung des Finanzmarktkapitalismus zugrundeliegen. Für eine Offensive kommt – zumindest – ein weiterer Punkt hinzu: Die Zügel,<sup>2</sup> die der flexible Kapitalismus den Gewerkschaften angelegt hat, müssen abgestreift werden. Ein höchst voraussetzungsvolles Unterfangen, denn dazu gehört nicht weniger als ein anderes Akkumulations- oder Geschäftsmodell als das des Shareholder value in den Unternehmen.

## Rückkehr des Staates – ein neuer New Deal

Forum  
Gewerkschaften

Das Ende des Neoliberalismus »hängt vom Verlauf der Krise ab, von der Wahrnehmungsfähigkeit der politischen Parteien, von den öffentlichen Themen.« (Habermas 2008) Plötzlich wollen es alle gewusst haben: Der Finanzmarktkapitalismus musste in eine tiefe Krise umschlagen. Aus systemischen Gründen: weil es auf Dauer steigende Immobilienpreise nicht geben kann, mit denen die größte Wirtschaftsnation ihren Binnenmarkt hat expandieren lassen; weil mit begrenztem Eigenkapital kein unbegrenztes Kreditwachstum besichert werden kann; weil Renditebenchmarks von 15 bis 20% nicht in einem normalen realwirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu erwirtschaften sind.

Und doch: Nahezu alle, die dies heute in führenden Positionen wissen, haben dieses System über Jahrzehnte am Laufen gehalten. Ein Austausch der politischen Eliten und ein Politikwechsel haben nicht stattgefunden. Die Konvertiten von heute waren Akteure in der großen Erzählung des Neoliberalismus, eine neue Gesellschaft zu schaffen, die nur noch Eigentümer kennt. Die Zeiten der Lohnarbeitsgesellschaft seien vorbei, hieß es, aus abhängig Beschäftigten würden Arbeitskraftbesitzer, aus Sparern würden Shareholder, aus Altersrentnern würden Kapitalanleger. Mit dem Umbau der Lohnarbeitsgesellschaft wurde der Staat an die Seite geschoben, da es der Markt sei, der die Beziehungen zwischen Eigentümern – Kauf und Verkauf – mit höchster Effizienz regelt.

Das »Regime des Vermögensbesitzes« (Aglietta 2000: 94ff.) versprach, Wohlstand zu schaffen und Risiken zu minimieren. Doch die Lohnarbeitsgesellschaft wurde nicht abgeschafft, sondern unter Druck gesetzt. Im Finanzmarktkapitalismus wird gute Arbeit entwertet; die Potenziale qualifizierter Arbeit werden nicht entfaltet, sondern rentierlicher ausgeschlachtet.<sup>3</sup> Mehr noch: Eine auf Arbeitsleistung gründende meritokratische Ordnung wird ausgehebelt, wenn es der reine Besitz und die virtuose Beherrschung von Finanzinstrumenten sind, die über die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums entscheiden.<sup>4</sup> Schließlich entwickelt sich der Finanzmarktkapitalismus mehr und mehr zu einer Verschuldungsökonomie, in

*Richard Detje ist Redakteur von Sozialismus.*

<sup>1</sup> Thomas Böhm/Günter Busch/Stefan Heim/Bernd Riexinger/Werner Sauerborn: Weiter so – oder Krise als Chance. Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in diesem Heft S. 30ff.

<sup>2</sup> Industrial Relations Today: Reinig in Flexibility (Streeck 2008).

<sup>3</sup> »Eine flexible Organisation ist zwar auf kluge Mitarbeiter angewiesen, doch sie gerät in Schwierigkeiten, wenn diese Mitarbeiter sich der handwerklichen Einstellung verschreiben. Ein gutes Beispiel für diesen Konflikt erlebte ich, als ich mit einer Gruppe von Programmierern sprach... Diese Programmierer nahmen ihrer Firma übel, dass sie regelmäßig unausgereifte Software auslieferte, die dann erst nach Beschwerden und gerichtlichen Klagen unzufriedener Anwender in einen brauchbaren Zustand gebracht wurde. Die äußerst gewerkschaftsfeindlich eingestellten Programmierer gründeten daher eine lockere berufliche Bewegung mit dem Namen »Craft in Code« (Qualität in der Programmierung) und forderten, die Firma solle diese gewinnträchtigen, aber qualitätsfeindliche Praxis aufgeben.« (Sennett 2005: 85f.)

<sup>4</sup> »Die Investment-Fonds evaluieren die Unternehmens-Manager an einer Rendite, die in vielen Wirtschaftssektoren inzwischen bei 15-20% liegt (benchmark). Es ist jedoch ausgeschlossen, dass eine Volkswirtschaft insgesamt so hohe Ertragsraten erzielen kann. Diese Ertragsraten können nur durch spezifische Techniken der Finanzdienstklasse erreicht werden, von denen viele auf spekulative Null-Summen-Spiele hinauslaufen. Zu diesen Techniken gehören

der nicht die Erzeugung von Mas-seneinkommen, sondern Bank-, Kreditkarten- und Konsumentenkredite das Schwungrad der Kapitalakku-

mulation antreiben.

Eine Ideologie, die Eigentum für alle proklamiert und damit endet, dass Immobilienbesitzer mit Zwangsversteigerungen aus ihren Häusern vertrieben werden, die Marktsteuerung predigt und zum Kollaps der Märkte führt, die Reichtum verspricht und Verschuldung herbeiführt – eine solche Ideologie überlebt die Krise des Finanzmarktkapitalismus nicht. Doch was kommt danach?

Heute ist von der Rückkehr des Staates, von Regulierung, von einem neuen Bretton Woods (eine neue Architektur des Weltwährungssystems) die Rede. Die Lernprozesse in der politischen Klasse folgen allerdings den Strukturen des Finanzmarktkapitalismus. Mit staatlichen Schutzschirmen wird versucht, einen Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern und die Kreditklemme zwischen den Banken aufzuhebeln. In den USA wurden für 700 Mrd. Dollar, in Europa für 1,7 Billionen Euro Rettungspakete geschnürt. Für den entscheidenden Bereich der Realwirtschaft wird hingegen nur wenig Geld in die Hand genommen: Mit 12 Mrd. Euro, gestreckt über einen Zeitraum von zwei Jahren, wird man den Einbruch der Konjunktur in Deutschland nicht in Ansätzen glätten können. Das Wort »Konjunkturprogramm« ist weiterhin verpönt. Eine kräftige Stärkung öffentlicher Investitionen scheitert am Mythos der Schuldenfreiheit. Auch darin zeigen sich Parallelen zur Weltwirtschaftskrise nach dem Wall Street Crash 1929. Obwohl die Industrieproduktion in den USA 1932 um nahezu 40% abgestürzt und die Arbeitslosigkeit auf 25% der Erwerbsbevölkerung angestiegen war, dauerte es vier Jahre, bis mit dem New Deal ein Antikrisenprogramm in Angriff genommen und das Dogma sparsamer Haushaltspolitik fallen gelassen wurde.<sup>5</sup>

Die historische Analogie 1929/2008 bietet für Gewerkschaften noch einen sehr viel interessanteren Lernprozess. In nichtrevolutionären Situationen waren der New Deal, das schwedische Volksheim, der europäische Sozialstaat gesellschaftliche Rahmenkonstellationen für die Stärkung der Gewerkschaften, denen es im Verein mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften schließlich gelang, mit der Veränderung der politischen Tagesordnung auch tatsächliche Lernprozesse in der politischen Klasse (historisch: in der Roosevelt-Administration) durchzusetzen und einen politischen Elitenwechsel herbeizuführen.

Wir kommen damit zurück auf eine grundlegende These von Marx: »Das Kapital ist ... rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.« (Marx 1972: 285) Im Kapitel über die Regulierung des Arbeitstages im 1. Band des »Kapital« beschreibt Marx, dass der Erfolg der Kämpfe der Arbeiterklasse in sozialen Grundsatzkonflikten davon abhängt, dass es gelingt, über die Vertretung der Mitgliederinteressen hinaus gesellschaftliche Allianzen zu bilden, die ein neues Agenda-Setting betreiben. Marx hat anhand der Auseinandersetzungen um den Arbeitstag exemplarisch gezeigt, dass

eine schrankenlose, gesetzlich nicht regulierte Vernutzung der Ware Arbeitskraft nicht nur Arbeiterexistenzen, sondern die Zukunft der Gesellschaft in Frage stellt. Der Kampf um die Zivilisierung des Kapitalismus heißt in diesem Kernfeld: Normierung des Arbeitstages, gesetzlicher Mindestlohn, Entprekariisierung der Arbeit, Partizipation und Demokratisierung der Unternehmen.

Um im 21. Jahrhundert einen neuen New Deal zu zimmern, müssen Gewerkschaften die Neuaufstellung der Zivilgesellschaft als ihr Thema nicht nur sporadisch (»Perspektivenkongress« etc.) bearbeiten, sondern systematisch vorantreiben. Nur dadurch wird es auch möglich sein, einen Elitenwechsel und eine grundlegende Erneuerung der politischen Form durchzusetzen.

### Akkumulation durch Enteignung

Hinter der Verweigerung eines realwirtschaftlichen Interventionismus steckt letztlich die Furcht der ökonomischen und politischen Funktionseliten vor einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Der Finanzmarktkapitalismus entwickelt sich aus den Verteilungsstrukturen von Lohnarbeit und Realkapital. Aus Geld allein wird weder mehr Geld, noch kann man dieses essen. Renditen oder Profite müssen real erwirtschaftet werden, als Mehrwert von produktiver Arbeit. Zinseinkommen sind nichts anderes als Ansprüche auf Teile aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Reichtum. Diese Ansprüche entwickeln sich in einem mehrstufigen Prozess der Enteignung und der verteilungspolitischen – teilweise selbstverschuldeten – Niederlagen der Gewerkschaften.<sup>6</sup>

*Erstens:* Bis Mitte der 1970er Jahre wurde der Zuwachs des so genannten Volkseinkommens nahezu gleichmäßig zwischen den gesellschaftlichen Klassen verteilt; das untere Fünftel der Haushaltseinkommen stieg dank einer im Grundsatz solidarischen Lohnpolitik und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates sogar etwas rascher, während das obere Fünftel zwar absolut die größten Zuwächse, relativ aber ein leicht unterdurchschnittliches Wachstum verzeichnete. In den 1980er Jahren änderte sich das grundlegend. Der Anteil der Einkommen aus abhängiger Arbeit begann einen Sinkflug, der bis heute andauert – bereits ein Vierteljahrhundert lang. Während das untere Ende der Einkommenspyramide schrumpft und sich gleichzeitig erheblich mehr Menschen an diesem Ende tummeln, hat das obere Ende am kräftigsten expandiert. Es fand ein kontinuierlicher Enteignungsprozess der Lohnabhängigen statt.

Zwei Charakteristika weist dieser Enteignungsprozess auf. Zum einen hat er sich im zeitlichen Verlauf beschleunigt. Je mehr sich die Strukturen des Finanzmarktkapitalismus seit Mitte der 1990er Jahre herausbildeten, umso mehr wurden die Lohneinkommen von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums abgekoppelt. Allein in diesem Jahrzehnt (2000–2007) ist in Deutschland die Lohnquote von 72,2% auf 64,8% gefallen; selbst in den konjunkturellen Aufschwungjahren (2004–2007) stagnierten die Lohneinkommen (+3%), während

die Unternehmensgewinne um fast die Hälfte (43%) zulegten. Zum andern haben sich die Methoden dieses Enteignungsprozesses gewandelt. Die Ausweitung von Niedriglohnsektoren (mittlerweile ein Viertel aller Lohnarbeitsverhältnisse in Deutschland) und die Zunahme verschiedenster Formen von deregulierter, prekärer Arbeit (Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, kurze Teilzeitarbeit usw.) bringen zum Ausdruck, dass Enteignung zwar immer noch durch die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit stattfindet, dass dazu aber immer mehr Ausbeutungsformen wie Lohnrückerei und unbezahlte Arbeitszeitverlängerung getreten sind – neben den Methoden der relativen Mehrwertproduktion eine Renaissance erfahren.

**Zweitens:** Ein zweiter Enteignungsprozess vollzieht sich im sozialstaatlichen Rahmen. Da Sozialbeiträge nur eine andere Form des Lohnes sind, handelt es sich bei Kürzungen von Sozialtransfers und Privatisierungen von Sozialeigentum (von öffentlichen Wohnungen bis zu Wasserwerken) um Enteignungsprozesse. »Die Privatisierung von einst in harten Klassenauseinandersetzungen erzielten allgemeinen Eigentumsrechten (das Recht auf staatliche Rente, Sozialhilfe und staatliche Gesundheitsfürsorge) ist eine der schockierendsten Enteignungspolitiken, die im Namen der neoliberalen Orthodoxie verfolgt wird.« (Harvey 2005: 147) Durch diese Enteignungsprozesse entstehen neue Anlagemöglichkeiten für überakkumuliertes Kapital, das – man denke an die Erfahrungen bei privatisierten Busgesellschaften, Krankenhäusern, Energie-

versorgern – sich dort wiederum Formen absoluter Mehrwertproduktion bedient.

**Drittens:** Das System der Verschuldung ist selbst ein gewaltiger Hebel der Enteignung, der direkt die Finanzmärkte alimentiert. Allein mit der Staatsschuld werden enorme Eigentumsansprüche bedient: Die Zinszahlungen aus den öffentlichen Haushalten transformieren Massensteuern, also Abzüge im Wesentlichen von Lohneinkommen, in zinstragendes Kapital. Die Europäische Zentralbank hat mit ihrer Hochzinspolitik – im Vergleich zur ameri-

spezifische Formen von Leverage, spekulative Arbitrage-Operationen und globale Anlagestrategien (z.B. weltweiter Verkauf von Immobilienkrediten).« Win-dolf 2008: 28.

<sup>5</sup> »Auf keinen Fall sollte die Regierung Geld ausgeben in der Absicht, die Wirtschaft zu stimulieren; das würde das Vertrauen in die Wirtschaft zerstören und so ziemlich wahrscheinlich die Depression verschlimmern. In der Wahlkampagne 1932 sah Roosevelt das nicht viel anders. Er versprach ebenfalls eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik und entschiedene Schritte hin zu einem ausgeglichenen Haushalt. Als er später, 1936, Samuel Rosenman, seinen überaus fähigen Assistenten, fragte, wie er die Ausgaben und das Defizit der ersten vier Jahre seiner Amtsperiode in Einklang bringen könnte mit dem Versprechen einer unerschütterlichen finanzpolitischen Rechtschaffenheit, das er 1932 in seiner Rede in Pittsburgh gegeben hatte, wurde ihm als einziger Weg geraten, so berichtet die Legende, zu leugnen, diese Rede jemals gehalten zu haben.« (Galbraith 1995: 100f.)

<sup>6</sup> »Diese verteilungspolitische Schwäche der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und die dadurch geförderte Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen ist zusammen mit der politisch durchgesetzten weltweiten Liberalisierung des Kapitalverkehrs selbst eine der konstitutiven Bedingungen für die Herausbildung des Shareholder-Kapitalismus, also der Entstehung und Dominanz der globalen Finanzmärkte und der Überfülle renditesuchenden Kapitals, für die Arbeit und Produktion mehr und mehr zum Spielball ihrer Börseninteressen werden.« (Schauer 2000: 31)

**Diese Zeit braucht diese Tageszeitung**

**Jetzt 3 Wochen gratis\***

**Obama, mach Schluss!**

**TESTABO / ABO**

**Ja, ich teste die junge Welt für 3 Wochen kostenlos**  
Probeabo endet automatisch

**Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr**

Frau       Herr

Name/Vorname \_\_\_\_\_ Sozialismus \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) \_\_\_\_\_

**Ich bestelle das**

Normalabo (mtl. 28,90 Euro),  
 Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),  
 Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

**Ich bestelle zusätzlich das**

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

**Ich bezahle das Abo**

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

per  Einzugsermächtigung  Rechnungslegung

**Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:**

Kontoinhaber \_\_\_\_\_  
 Geldinstitut \_\_\_\_\_  
 Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
 Kontonummer \_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:**



Ignacio Ramonet  
**»Fidel Castro. Mein Leben«**  
 Rotbuch Verlag,  
 September 2008,  
 800 Seiten

kanischen Fed und zur japanischen Notenbank – diesen Prozess immer wieder unterstützt.

*Viertens:* Ein vierter Enteignungsprozess findet in Krisensituationen statt. Handgreiflich durch Entlassungen, Lohnkürzungen, Mehrarbeit und weitere Prekarisierungsprozesse. »Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.« (Habermas 2008: 53) Die flächendeckende Prekarisierung ist Teil einer neuen Herrschaftsform des Kapitals. Oft geht dies mit einer Schwächung tarifvertraglicher Regelungen einher. Aber auch Antikrisenpolitik kann Enteignungscharakter haben. Beispielsweise dann, wenn mit öffentlichen Mitteln Banken und Unternehmen »gerettet« werden, ohne dass daraus entsprechende öffentliche Eigentumsansprüche entstehen, die Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ermöglichen. Damit ist nichts gegen zwingende Rettungsaktionen gesagt, wohl aber dagegen, dass daraus Subventionstatbestände ohne öffentliche Eigentumssicherung entstehen.

Solange diese Enteignungsprozesse weiterhin finanzmarktorientierte Renditeansprüche alimentieren, ist das Ende des Neoliberalismus als politisches Programm eines Mehrheitsblocks sozialer Kräfte noch nicht die Euthanasie des Neoliberalismus als sozio-ökonomischer Prozess. In der doppelten Krise der Zusammenbrüche auf dem Finanzmarkt und des tiefen konjunkturellen Abschwungs geraten Gewerkschaften sogar noch stärker unter Druck: Von Seiten der Unternehmen, deren hochgeschraubte Gewinnerwartungen einbrechen und von Seiten der Shareholder, die versuchen, dem Preisverfall auf den Aktienmärkten entgegenzuwirken. Beides bedeutet Druck, durch Senkung der Lohneinkommen Kompensation zu erfahren. Ohne einen Politikwechsel scheint dies in einen *circulus vitiosus* zu münden: verteilungspolitische Niederlagen der Arbeiterbewegung – Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf die Gewinn- und Vermögenseinkommen – Ali-

mentation des Finanzmarktkapitalismus bis zum Platzen seiner Blasen – Verschärfung der Enteignungs-Ökonomie. Fragt sich nur, wie weit die Zitrone Lohnarbeit noch mit Brachialmethoden ausgequetscht werden kann.

Ein verteilungspolitisches Programm von Gewerkschaften gegen die Enteignungs-Ökonomie des Finanzmarktkapitalismus sollte

- festhalten an einer universalistisch orientierten Tarifpolitik, diesen Kern durch eine zwischen den Einzelgewerkschaften koordinierte, gesamtwirtschaftlich orientierte Tarifbewegung ausbauen und weitere Verbetriebligungstendenzen wieder einhegen. Dieser universalistische Ansatz ist in der Lage, die Lohnfrage wieder zu einem politischen Thema zu machen.
- diesen Ansatz ergänzen durch eine Revitalisierung solidarischer Lohnpolitik in einem Land, das wie keine andere Metropole eine beschleunigte Spreizung der Lohneinkommen vor allem in den unteren Einkommensverhältnissen durchlitten hat. Die Durchsetzung des Grundsatzes »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« bei Leiharbeitsverhältnissen ist Teil einer neuen solidarischen Lohnpolitik. Unverzichtbar ist die Durchsetzung gesetzlicher und darüber hinaus tariflicher Mindestlöhne, um den Zusammenhang von Arbeit und Existenzsicherung wiederherzustellen. Und mehr noch: Eine systematische Höhergruppierung unterer Einkommen durch Aufwärtsqualifikation und job enrichment-Ansätze muss das Lohngefälle wieder ebnen. Wie umkämpft das alles interessenspolitisch ist, zeigt die Entwicklung von Sparten-gewerkschaften.
- des Weiteren eingerahmt sein durch eine europäisch koordinierte Tarifpolitik, die transnationalen Standortwettbewerben mit Lohndifferenzialen entgegenwirkt.

Diese drei Ansätze sind wesentlich für einen Richtungswechsel, sie sind aber noch nicht das Gesamtset einer Lösung. Die Enteignungsprozesse sind nicht auf die Primärverteilung begrenzt und es ist auch wenig realistisch anzunehmen, dass Gewerkschaften in den Arenen der Tarifpolitik genügend Druck zur Korrektur der Verhältnisse entfalten können. Deshalb wäre zu überlegen, wie Felder der Sekundärverteilung



Karikatur: Economist

stärker zum Gegenstand gewerkschaftlicher Verteilungspolitik gemacht werden können (Urban 2008a). Der Sache nach geschieht dies in Widerstandsaktionen gegen Sozialabbau: sei dies gegen die weitere Kapitalisierung der Alterseinkommen oder den Gesundheitsfonds.<sup>7</sup> Kann diese Politik konzeptionell nicht auch offensiv gewendet werden, indem die Sozialstaatsquote selbst zum Thema verteilungspolitischer Auseinandersetzungen gemacht wird? Das ist kein interessenspolitischer Selbstgänger, sondern möglicherweise konfliktuell, wenn es beispielsweise um die Höhe des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung und um das Verhältnis zu privaten, kapitalgedeckten Vorsorgesystemen geht. Aber wenn Gewerkschaften sozialpolitisch um diese Auseinandersetzungen nicht herumkommen, warum sollte man sie dann nicht verteilungspolitisch aufladen? Es geht um den Lohn als preislicher Ausdruck der Reproduktionserfordernisse der Ware Arbeitskraft. Dieser Lohn ist im Zuge der Sozialstaatsentwicklung in Primär- und Sekundärlohn auseinandergefallen und institutionell unterschiedlich verankert worden. Warum ihn nicht verteilungspolitisch wieder zusammenbringen?

### Krise der Gewerkschaften: Erklärungsansätze

Weshalb fällt es den Gewerkschaften so schwer, offensive Antworten auf die Krise des Finanzmarktkapitalismus zu geben? Wo ist anzusetzen, um die Krise als Chance zu nutzen? Auf diese Fragen gibt es höchst disparate Antworten.

*Erste Antwort:* Gewerkschaften generieren in Krisenzeiten keine hinreichende Output-Legitimation und verlieren somit Mitglieder und Durchsetzungsmacht. Diese Diagnose führt zu zwei nahezu gegensätzlichen Strategieempfehlungen: Die eine besteht darin, die Lohnpolitik passgenau in das wettbewerbspolitische Regime einzubauen, um bei verbesserten Wettbewerbsbedingungen wieder lohnpolitische Erfolge erzielen zu können. Das ist ein Ansatz, der dem Bündnis für Arbeit in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts ebenso zugrunde lag wie der Tarifpolitik der IG BCE. Die andere Strategieempfehlung: Die Verteilungsauseinandersetzungen müssen kämpferischer geführt werden, wozu mit dem politischen Streikrecht ein wirksames Instrument durchzusetzen ist.

*Zweite Antwort:* Gewerkschaften sind traditionalistisch erstarrt. Ihre Kampfpraktiken taugen nicht mehr, ihre Waffen sind stumpf geworden. Ein Streik muss ins Leere laufen, wenn den Investoren die Exit-Option, das Nicht-Investment, zur Verfügung steht. Gegenmacht verkörpern nicht mehr die Produzenten. Die neue Gegenmacht-Ressource ist das Nicht-Kaufen. »Ich setze große Hoffnungen in den politischen Konsumenten, der als Wahlurne den Einkaufswagen verwendet und an der Supermarktkasse abstimmt. So kann er einzelne Unternehmen gezielt belohnen und bestrafen, wir haben also nicht mehr alle vier Jahre die Wahl, sondern jeden Tag.« (Beck 2007: 241f.)

*Dritte Antwort:* Gewerkschaften sind in der Falle des Standortkorporatismus und »Nationalkeynesianismus« ver-sackt. »Der Lösungshorizont des Nationalkeynesianismus ist im Grunde: die Beschäftigteninteressen bleiben auf der Stre-

cke, weil die Gegenseite sich weigert, den volkswirtschaftlichen und damit letztlich auch ihren eigenen Nutzen in einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zu sehen.« (Böhm u.a. in diesem Heft) Die strategische Antwort lautet: Ablösung vom »Retro-Bezug« auf den nationalstaatlichen Rheinischen Kapitalismus, »gewerkschaftliche Globalisierung von unten«: »Gemeinsame Forderungen, gemeinsame, zumindest gleichzeitige Demos und politische Streiks – europaweit und – zumindest symbolisch – weltweit.« (ebd.)

*Zur ersten Antwort:* Zwar waren Gewerkschaften nie »Tarifmaschinen« und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist komplexer als ein Rechenmodell zwischen Beitragssatz und Rückerhalt – aber in Kerngeschäft der Tarifpolitik stehen Gewerkschaften zweifelsohne unter Legitimationsdruck.

Die erste Strategieempfehlung läuft jedoch auf eine Einpassung der Gewerkschaften in die Enteignungsökonomie hinaus. Dass die IG BCE dabei bis zum Ausbruch dieser Krise – die die BASF mit der Schließung ganzer Produktionsstätten zu kontern versucht – vergleichsweise gut gefahren ist, entspricht zwei Eigentümlichkeiten der chemischen Industrie: erstens einer teilweise auf Weltmarktführerschaft gründenden Exportkonjunktur, die lohnpolitische Spielräume schafft, zweitens langer Produkt- und damit Investitionszyklen, die einmal getroffen keine kurzfristigen Exit-Optionen ermöglichen. Verallgemeinerbar ist das nicht.

Die zweite Strategieempfehlung sucht den Weg einer Mobilisierung aus der Krise heraus. Sie steht dafür, die Verteilungsauseinandersetzungen in der Krise verstärkt als Widerstandsaktionen zu führen: gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten (Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkungen, unbezahlte Mehrarbeit, Prekarisierung), für eine nachfragestabilisierende Beteiligung der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum. Dieser Strategieansatz steht gegen Verzichtspolitik, allerdings vor der Schwierigkeit, dass ein »Regime der Angst« unter den Bedingungen eines krisenhaften Anstiegs der Arbeitslosigkeit eine offensive Tarifpolitik nachhaltig erschwert. Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, lautet: »Politisierung der Tarifauseinandersetzungen«.

*Zur zweiten Antwort:* Der Traditionalismusvorbehalt ist in den deutschen Gewerkschaften in Ansätzen bereits gekontert: Becks Beispiele erfolgversprechender US-amerikanischer Organizing-Kampagnen (konkret spricht er die justice for janitors-Kampagne der SEIU an) sind nicht nur in den beiden größten Gewerkschaften – ver.di und IG Metall – zu Aktionen mit erheblichem Anregungswert avanciert (Bremme/Fürniß/Meinecke 2007; Hälker 2008). Doch warum tabula rasa? Der Kampagnen-Ansatz von Organizing steht gerade für eine Abstimmung von arbeitsgesellschaftlichen und lebensweltlichen Aktionsformen, wobei die Anstöße und das organisierende

<sup>7</sup> In Italien fordert die CGIL – auch mit einem Generalstreik im Dezember – eine offensive Antikrisenpolitik der Regierung, wozu unter anderem die Schaffung eines Garantiefonds für Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen, Maßnahmen gegen die enorme Zunahme der Armut (7,5 Mio. Bürger leben unterhalb der Armutsgrenze, in Süditalien ist der Anteil armer Familien auf 25% in Sizilien auf 29,9% gestiegen) und Steuerentlastungen beim Weihnachtsgeld zählen.

Zentrum die Produzenten-/Dienstleisterseite ist. Becks Plädoyer für Verbrauchermacht ist naiv: Sie läuft ins Leere, wenn Unternehmen auf

Billig- oder low-road-Strategien setzen und der Nachfragemacht der Discounter und damit dem Massengeschäft folgen – exakt das ist die Strategie von Elektrolux bei der Schließung der AEG in Nürnberg gewesen; oder sie läuft ins Leere, weil Produzenten- und Verbraucherinteressen nicht harmonieren, wie im Fall der Schließung des Nokia-Werks in Bochum (vgl. zu Widerstandsformen gegen Betriebsschließungen: Detje/Menz/Nies/Sanné/Sauer/Birken 2008). Letztlich greift Beck auf ein neoliberales Denkmuster zurück: der tagtägliche Plebiszit des Käufermarktes als wirkungsvollste Interventionsform.

*Zur dritten Antwort:* Die Forderung nach einer stärkeren Europäisierung gewerkschaftlicher Politik – und nicht nur symbolisch: Transnationalisierung – ist unstrittig. Zweifels- ohne profitieren die auf den europäischen Markt orientierten Teile des Kapitals in Deutschland davon, dass real abgewertet werden kann, da unterschiedliche Produktivitätssteigerungen im Euro-Raum nicht mehr währungspolitisch abgedeckt werden können. Wie Flassbeck/Spiecker (2007) gezeigt haben, gefährdet Deutschland als führende ökonomische Macht damit den weiteren europäischen Integrationsprozess. Und in der Tat war es die deutsche Kanzlerin, die zunächst zur Abwehr der Finanzmarktkrise gegen eine transnationale Strategie – wenn auch nur für kurze Zeit – opponierte; und es ist die deutsche Regierung, die gegen eine europäische Wirtschafts- und Konjunkturpolitik opponiert. Gerade in der gegenwärtigen Krise sind die Gefahren eines in »Kerne« und »Peripherien« gespaltenen Europas erheblich aktualisiert worden.

All das ist nicht strittig. Es geht um die Schlussfolgerungen. Eine besteht darin, die Fragilität der europäischen Konstruktion nicht zu überfrachten – und damit subaltern im Schlepptau von Rat und Kommission zu schwimmen (zur Kritik Hyman 2004). Die andere besteht darin, die Auseinandersetzung um ein neues Europäisches Sozialmodell zu führen (Peters 2007; Urban 2008b). Dieses kann nur funktionieren als Mehrebenenprojekt von nationalstaatlichen und europäischen Initiativen.

»Sackgasse Nationalkeynesianismus« (Böhm u.a.) hingegen ist ein Rückfall in eine Politik der Selbstghettosierung. Aus drei Gründen:

*Erstens* im Kampf gegen die Folgen der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise. Als Sofortmaßnahme geht es darum, international abgestimmte nationale Programme aufzulegen, die die investive und konsumtive Nachfrage stärken. Darüber wird bis heute auf nationalem Terrain entschieden – und in einer aktuell sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise müssen diese Stellschrauben gedreht werden. Erfolgt das nicht, droht Deflation.

*Zweitens*, weil wir trotz Europäisierung und Globalisierung von einem Ende nationaler Regulation nach wie vor meilenweit entfernt sind. Die Entwicklung der Felder des Sozialstaates ist differenziert: Eine Europäisierung ist in der Rentenpolitik – gemäß dem so genannten Drei-Säulen-Modell – noch am weitesten vorangeschritten, in der Arbeitsmarktpolitik hingegen kaum. Mehrebenenpolitik ist gefragt – nicht Internationalisierungs-Rhetorik.

*Drittens*, weil der Keynesianismus nie ein nationales Programm war. In der Debatte über ein neues Bretton Woods findet eine Aktualisierung des Keynesianismus statt. Konnte sich Keynes 1944 als Vertreter eines über alle Ohren verschuldeten und zerbrechenden British Empire nicht mit dem Vorschlag einer globalen Zentralbank unabhängig vom Dollar durchsetzen – heute könnte dies eine multilateral verfochtene, alternative Strategie sein.

Kurzum: Die Kritik des Keynesianismus ist in der Doppelkrise von Finanzmarkt- und Realkapitalismus eine Sackgasse gewerkschaftlicher Strategiebildung.

Die entscheidenden Punkte werden mit einem Internationalisierungs-Plädoyer auch gar nicht erfasst:

- Die Rückkehr des Staates als unverzichtbare Notmaßnahme gegen die Kernschmelze des Finanzsystems ist nicht identisch mit der Rückkehr eines sozial intervenierenden Staates. In der Logik der bisherigen Finanzmarktsicherungspolitik liegt vielmehr die Profilierung eines »postdemokratischen Staates«: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie bleiben erhalten, werden jedoch entleert (Crouch 2008). Zwar müssen Haushaltsentscheidungen weiterhin vom Parlament verabschiedet werden; die operative Mittelverwendung, damit die politische Umsetzung erfolgt jedoch in Ausschüssen und Kommissionen völlig intransparent, ohne öffentliche Information und Kontrolle. Die Selbstentmachtung und Selbstabwicklung der parlamentarischen Demokratie öffnet Schleusen für einen autoritären Staatsinterventionismus. Damit steht die demokratische Frage auf der – nicht nur – gewerkschaftlichen Tagesordnung (Deppe/Schmittthener/Urban 2008).
- Die Antwort auf die Doppelkrise der Finanzmärkte und der Realwirtschaft erfordert einen neuen New Deal. Die Abgrenzung vom Keynesianismus ist dabei kontraproduktiv, da es nicht nur – wie argumentiert wird – um einfache Konsumimpulse (Steuerschecks etc.) geht, sondern darum, dass der demokratische Staat selbst in einem ökonomisch relevantem Maße verstärkt Investitionsfunktionen übernimmt und größere Bereiche der sozialen Sicherung wieder aus dem Markt herausnimmt. Politische Steuerungsfähigkeit in der Krise ist so rückgekoppelt an die Durchsetzung einer Mixed Economy, einer Pluralität von Eigentumsformen – nach mehreren Dekaden der Privatisierung und Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf das Real- und Geldkapitaleigentum. Es geht um eine Politik »radikaler Reformen«, die die Qualität des ökonomischen und sozialen Lebens und damit auch die Machtverhältnisse in der Gesellschaft verändert.
- Dieser Reformansatz ist – das kann hier nur noch angedeutet werden – Grundlage einer europäischen Gewerkschaftsstrategie. Die Kämpfe für ein neues europäisches Sozialmodell können auf der Basis eines neuen New Deal tatsächlich Ansätze einer positiven Intervention schaffen: das Ende des Prozesses der negativen, marktgetriebenen, auf Deregulierung und Privatisierung zielenden Integration mit einem positiven Benchmarking für eine hochwertige öffentliche Infrastruktur und Sozialverfassung (Urban 2008b).

## Überwindung des »flexiblen Kapitalismus«

Die Faktoren der Krise und Defensive der Gewerkschaften sind vielschichtig (Brinkmann u.a. 2008) und selbstverständlich abhängig vom sozio-ökonomischen Krisenprozess (und damit dem Konkurrenzdruck der industriellen Reservearmee). Eine der entscheidenden Ursachen ist systemisch mit dem verknüpft, was als flexibler Kapitalismus analysiert worden ist: der Re-Kommodifizierung und »Aktivierung« der Arbeitskraft, der Deregulierung des tariflich und rechtlich normierten Instituts der Lohnarbeit und der Flexibilisierung des Arbeitsalltags (der Leistungsbedingungen, Arbeitszeiten, Entlohnungsformen). »Industrielle Beziehungen, bei denen es um die kollektive und politische Bestimmung industrieller Rechte ging, die Unternehmen einzuhalten hatten für das Privileg, Arbeiter einzustellen, wurden transformiert in »Human Resource Management... Anstelle kollektiv errungener und politisch garantierter sozialer Rechte sind Arbeiter nun gezwungen, in ihr »Humankapital« zu investieren ... ein gigantisches Programm kultureller und moralischer Umerziehung (re-education)« (Streeck 2008: 11, 13).

Dieser Prozess der Entrechtlichung und Vermarktlichung hat zum einen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse beschleunigt, zum anderen die gewachsene Subjektivität der idealtypischen »Arbeitskraftunternehmer« in den Verwertungsprozess einbezogen. Hier nun liegen u.E. Potenziale der Revitalisierung der Gewerkschaften. Die Leiharbeitskampagne hat gezeigt, dass eine gewerkschaftliche Anti-Prekarisierungspolitik möglich ist und dass neue Solidarbezüge zwischen Präkär- und Stammebelegschaften hergestellt werden können. In der Krise – die als erstes mit voller Wucht die flexiblen, ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse trifft – wird sich zeigen, ob dieser Ansatz weiterentwickelt werden kann. Dabei geht es nicht nur um weitere Fortschritte bei der Abwehr schlechter Arbeit. Es geht um eine Perspektive von guter Arbeit, mit der die Auseinandersetzung mit der am Shareholder value ausgerichteten – und aufgrund der Verluste auf den Finanzmärkten möglicherweise noch radikalisierten – Unternehmenssteuerung vorangetrieben wird (IG Metall Projekt Gute Arbeit 2007). Auch in der Krise kehrt nicht einfach ein instrumentelles Arbeitsverständnis zurück. Das hohe Interesse nicht nur höherqualifizierter Beschäftigter an inhaltlich befriedigenden Arbeitsaufgaben, an mehr Autonomie, an Rücknahme restriktiver Arbeitsteilung, an kooperativen Arbeitsvollzügen, kurz: an Bedingungen, unter denen man seinen Job auch gut machen kann, ist Resultat eines langen lohnarbeitsgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. In einem Shareholder value-Regime, in dem Restrukturierung in Permanenz und oft mit Ignoranz arbeitsprozesslicher Zusammenhänge und mit einer Personal- und Budgetpolitik der untersten Linie durchgeführt wird, wird Subjektivierung als Ressource von Kapitalverwertung mit Entgrenzung und Heteronomie gekoppelt.

In der Krise des Finanzmarktkapitalismus geht es nicht zuletzt um Transformationsperspektiven einer Unternehmenssteuerung, die mit der Orientierung am Shareholder value ebenfalls in einer Sackgasse steckt. Innovative Arbeitspolitik kann im Arbeitsalltag – der bekanntlich den Lebensalltag

nicht unwesentlich strukturiert – ein Ansatz sein, die Perspektiven einer radikal reformierten Lohnarbeitsgesellschaft aufscheinen zu lassen.

### Literatur

- Aglietta (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Beck, Ulrich (2007): Und jetzt, Herr Beck?, in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Und jetzt? Frankfurt a.M., S. 231-248
- Beck, Ulrich (2008): »Die Finanzkrise hat aus Schurken Helden gemacht«, Spiegel-online, [www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,druck-584050,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,druck-584050,00.html)
- Bremme, Peter/Fürniß, Ulrike/Meinecke, Ulrich (Hrsg.) (2007): Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften, Hamburg
- Brinkmann, Ulrich/Choi, Hae-Lin/Detje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Karakayali, Serhat/Schmalstieg, Catharina (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Deppe, Frank/Schmitthener, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2008): Notstand der Demokratie, Hamburg
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sanné, Günter/Sauer, Dieter/Birken, Thomas (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen – eine Bestandsaufnahme, Manuskript, Hamburg/München
- Flassbeck, Heiner/Spiecker, Friederike (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt a.M.
- Galbraith, John Kenneth (1995): Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg
- Habermas, Jürgen (2008): Nach dem Bankrott, in: Die ZEIT Nr. 46, 6. November, S. 46-47
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg
- Hälker, Juri (Hrsg.) (2008): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2008, Hamburg
- Hyman, Richard (2004): Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen: Strategische Dilemmata für die Gewerkschaften, in: Eckhard Hein/Torsten Niechoj/Thorsten Schulten/Achim Truger (Hrsg.): Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg, S. 216-239
- Hobsbawm, Eric (1999): Der Tod des Neoliberalismus, in: Stuart Hall u.a.: Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-1999, S. 7-21
- IG Metall Projekt Gute Arbeit (2007): Handbuch »Gute Arbeit«. Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis, Hamburg
- Marx, Karl (1972): Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, Berlin
- Peters, Jürgen (2007): Die solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells, in: ders.: Aufbruch in Zeiten des Umbruchs (hrsg. von G. Arwanitidis/C. Matecki/H.-J. Urban), Hamburg, S. 155-164
- Schauer, Helmut (2000): Tarifpolitik im Shareholder-Kapitalismus, in: Forum Gewerkschaften (Hrsg.): Verteilungskonflikte im Shareholder-Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6-2000, S. 29-43
- Sennett, Richard (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin
- Streeck, Wolfgang (2008): Industrial Relations Today: Reining in Flexibility, MPIfG Working Paper No. 3, Köln
- Urban, Hans-Jürgen (2008a): Zwischen historischer Defensive und strategischer Neuorientierung, in: Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/Peeter Raane (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg
- Urban, Hans-Jürgen (2008b): Gewerkschaftliche Revitalisierung in einem neoliberalen und postdemokratischen Europa? Manuskript, im Erscheinen
- Windolf, Paul (2008): Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, Manuskript (revidierte Fassung: Juli 2008), Trier